

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post ztl. Beitragsfeld vierjährlich 2.40 M.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bezahlen.

Reaktion und Expedition:
Leipzig
Zelker Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7500.

Anzeigen: Ein Gebühren werden von Privaten 70 Pf. für die einspaltige
Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einladung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Politische eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 8. November 1919.

23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Gesperrt sind: Travertinwerk in Langensalza; Werk-
platz Gustav Gösch-Söhne Stettin, Betrieb des Steinmeis-
ters Wilhelm Schumann in Oberhau. Platz des Stein-
meisters Otto Leichering und Aug. Wilhelm in Raum-
burg.

Würzburg. Die Kollegen bei den Firmen Gebr. Zeidler,
Schilling und Muschelkalksteinwerke in Kirchheim, Klein-
riedersfeld, Graubüttelbrunn und Heidingsfeld stehen im
Streik, weil die Geschäfte sich weigern, die Zahlung nach dem
Schlichtungsentwurf zu leisten. Bei den übrigen Firmen
wird gearbeitet, da sie sich dem Entwurf unterwarf.

Meissen I. Die hiesigen Kollegen werden bei der Ein-
stellung übergegangen bzw. ein Wechsel der Arbeitsstelle ihnen
eher erachtet. Es wird deshalb gebeten, Arbeitsangebote
noch hier abzulehnen, bis die Arbeitgeber sich zu andern
Maßnahmen bequemen.

Striegau. Die hiesigen Unternehmer lehnen eine Er-
höhung der Teuerungszulage ab. Sie berufen sich auf die
Verzögerung des Reichstarifs und den Breslauer Schieds-
spruch. Damit droht für ganz Schlesien ein erster Konflikt,
da die Kollegen zu den alten Lohnsätzen nicht mehr weiter
arbeiten können. Vermittelungen sind eingeleitet.

Aue i. Erzgeb. Vor dem Schlichtungsausschuss wurde
folgende Vereinbarung getroffen: Auf den Akkordtarif von
914 ein Zuschlag von 250 Prozent. Minimallohn für
Akkordarbeiter, Bohrer und Felsenarbeiter pro Stunde 2 M.
für Brechen ab 1. Oktober 2.20 M., für Hilfsarbeiter die ersten
Wochen 1.70 M., dann 1.90 M. pro Stunde. Für den
betrieb in Oberfichtsdorf sind infolge der Gesteinskrise
0 Prozent Zuschlag auf Akkordarbeit mehr zu zahlen.

Görlitz i. Thür. Für das hiesige Schlosserwerk wurden
folgende Löhne vereinbart von 16 bis 20 Jahre 1.40 M., über
20 Jahre 1.60 M., Bohrer und Schmierer 1.65 M., Hand-
arbeiter 1.80 M. Gearbeitet wird nur im Stundenlohn.

Nürnberg. Unter der Leitung des Demobilmachungs-
amtes für Nordbayern fanden hier vom 27.-30. Oktober die
Verhandlungen über den Abschluss eines Landestarifs für
bayerische Granitwerksteinindustrie statt. Die Verhand-
lungen gestalteten sich wegen der vielen Gesteinsarten, die in
die entsprechenden Gruppen eingeteilt werden mussten, sehr
schwierig. Aber der Abschluss kam trotzdem zustande. Der
Tarif tritt am 1. Dezember in Kraft, über die Höhe der
Stundenlöhne wird am 11. November in Regensburg ent-
schieden. Kommt dort wider Erwarten eine Einigung nicht
zustande, dann entscheidet über diese Frage ein freies Schieds-
richter der Demobilmachungsstelle für Nordbayern am
1. November.

Halle. Nach langen Verhandlungen und schließlichem ein-
zigem Streit konnten wir unsere Forderungen zur An-
wendung bringen. Vom 1. September wird ein Zuschlag
von 20 Pf. vom 1. Oktober 20 Pf. vom 1. Dezember 10 Pf.
zahlt. Die Stundenlöhne betragen demnach unter Nach-
zahlung ab 1. September 2.40 M., ab 1. Oktober 2.70 M., ab
1. Dezember 2.80 M. Gearbeitet wird nur im Stundenlohn.

Teuerungszulage für die Schleißereibetriebe.
Auf bielesitziges Drängen der Schleißereiarbeiter hat
unsere Verbandsleitung beim Verband Deutscher Granitwerke
ein Antrag gestellt, die Teuerungszulage von 120 Prozent
zwei Staffeln auf 180 Prozent zu erhöhen. Die Erhöhung
der Stundenlöhne soll bezirkswise geschehen, weil eine ein-
heitliche Zulage kaum durchführbar erscheint. Um schnelle
Handlung unseres Antrages wurde gebeten.

Unsere Lohnpolitik.

In Nr. 32 des Steinarbeiters vom 10. August 1918
trieb ich aus dem Felde einen Artikel über: „Was uns not-
t“ In diesem schrieb ich unter anderem, daß nur
eine Organisation ihren bestehenden Aufgaben gerecht
werden kann, die auch während des Krieges alle Eventualitäten
ins Auge gesetzt und gute Arbeitspläne für die Zu-
kunft in der Tasche hat. Zwölf Monate sind seitdem ins
Jahr gegangen. Für das deutsche Volk sind diese Monate
so folgenreicher Bedeutung, wie sie die Geschichte für
Kulturstoff nicht kennt.

Ich will mich heute mit meinen bescheidenen Kräften an
eine Aufgabe herantragen, zu untersuchen, ob sich nun auch
der Steinarbeiterverband seiner Aufgabe während der Revolu-
tionsepoke zum Wohle der Kollegenschaft gewachsen ge-
zeigt hat. zunächst einige Worte zu der Kritik, die in Kol-
legkreisen an der Tätigkeit unseres Verbandes und seiner
Führung in den letzten Monaten in Versammlungen und
im Steinarbeiter geübt wurde. Die Kritik war degres-
siv, und zwar aus folgenden Gründen: Die 4½ Jahre Krieg
haben an das deutsche Volk die unglaublichesten Anforderun-
gen gestellt. Besonders das arbeitende Volk war durch diesen
Krieg mit einer nahezu unerträglichen Burde belastet. Be-
sonders, wenn der Revolutionstag als Erdbeben aus bitteren
Todesfällen gefeiert wurde. Zurück in die Heimat, zur Familie,
zur Arbeit ins geordnete Leben und — mehr Nahrung, das

waren die Hauptwünsche, die uns alle bescherten. Das Ende
kam. Leider war es das von uns unerwartete „dide“ Ende.
Enttäuschung häufte sich auf Enttäuschung. Die langsehnte
Heimat stand finanziell an der Grenze des Bankrotts. In
allem nagte der Hunger. Nur notdürftig konnte der Körper
mit Lumpen bedekt werden. Der mühsam erarbeitete Haus-
rat hatte durch die lange Dauer des Krieges schwer Schiff-
bruch erlitten. Neuanschaffungen kamen und können auch
heute noch nicht betätigt werden. Die Arbeitslosigkeit hatte
ganz unheimliche Dimensionen angenommen. War es
unter diesen Umständen ein Wunder, wenn an die Gewer-
beitsorganisationen, die in diesem Moment als Retter in
der Not angesehen wurden, außergewöhnliche Anforderungen
gestellt wurden? Ist es nicht menschlich begreiflich, wenn
die Gewerkschaften heute noch nicht alle Forderungen der Kol-
legen zur Zufriedenheit erfüllen können? Und fürtwährt,
ein schlechter Gewerkschaftler, der nicht seiner Unzufrieden-
heit Luft macht, wenn er Gründe hat, daß durch die Gewer-
beitschaft seine Unzufriedenheit beseitigt werden könnte. Ver-
geßen wird von unseren Kollegen, dabei zu berücksichtigen,
daß die Revolutionsperiode in eine Zeit fiel, wo Deutschland
völlig erschöpft war. Wo nichts ist, kann auch nichts genom-
men werden!

Wie sah es nun in der Steinindustrie bei Ausbruch der
Revolution eigentlich aus? Von einem geordneten Geschäftsgang
war keine Rede. Unsere Kollegen in der Sandstein-
branche konnten mit der Laterne zusammengesucht werden.
Die Zahl der im Beruf Beschäftigten war sehr gering. Auch
in der Granitindustrie war das Bild kein rosiges. Besonders
die Schleißereibetriebe waren durch diesen unheilvollen Krieg
in eine sehr schlechte Lage geraten. Dieser Industriezweig
war schon vor dem Kriege mit dem größten Prozentzoll seiner
Arbeit auf das Ausland angewiesen. Der Krieg halte mit
einem Schlag alle Verbindungen abgeschnitten. Im In-
lande war und ist heute noch die Arbeit dieses Industrie-
zweiges durch die bekannten Friedhofsverordnungen geradezu
zur Unmöglichkeit gemacht. Unsere Kollegen wissen heute
auch hier, was Arbeitslosigkeit bedeutet. Dort, wo gearbeitet
wurde, war die Arbeit derart, daß auch der fleißigste Arbeiter
nicht auf seine Rechnung kam. Etwa Lesser war die Si-
tuation in der Werksteinindustrie. In der Pflaster- und
Schottersteinindustrie war die Lage geradezu trostlos. Ich
war geradezu erstaunt, die ungeheuren Verge von vorräsigem
Material an Pflaster und Schotter zu sehen. Der Mangel an
Kohle und Eisenbahnmaterial zeitigte hier große Beklem-
mungen. Ich konnte Betriebe besichtigen, wo unsere Kollegen
mit allen möglichen Arbeiten, aber nur nicht im Berufe be-
schäftigt waren. Wenn ich mich dann noch um die Lohn-
verhältnisse erkundigte, die unter allen „Hund“ waren, so
wurde mir klar, daß hier energisch Lohnforderungen unter
allen Umständen durchgeführt werden mußten. Stürmisch
und mit Recht verlangten die Kollegen eine Verbesserung
ihrer wirtschaftlichen Lage. Langes Besinnen half hier nichts,
es mußte zugegriffen werden.

Der Verbandsvorstand hatte ja durch die Veröffentlichung
seines Lohnprogramms in Nr. 3 des „Steinarbeiters“ die Kol-
legen geradezu scharf gemacht. „Behalte dir, Gauleiter, wenn
du jetzt nicht durchdrückst, was uns der Verbandsvorstand hier
versprochen hat.“ Die Nr. 3 des „Steinarbeiters“ trug ein
jeder Kollege solange in der Tasche herum, bis auch kein
Jungen mehr dran war. Oft habe ich diese Nummer des
„Steinarbeiters“ verwünscht. Je mehr ich sie verwünschte, desto
mehr wurde sie mir vor die Augen gehalten. Wie ist unsere
Grundlage, auf der aufgebaut werden soll? Wo ist unser
Ziel? Was führen uns für Wege zu diesem Ziel? Das waren
so meine Gedanken, die ich nicht loswerden konnte. Die
Grundlagen zum Aufbau waren ja schlecht, sehr schlecht. Ein
ganzer Berg von Tarifen, die teilweise schon 1910 (also zu
einer Zeit, die mit den heutigen Verhältnissen absolut nicht
mehr in Einklang zu bringen war) abgeschlossen waren, bil-
deten die Grundlagen des Ausbaus. Diese Masse von Tarifen
umzugestalten und den heutigen Verhältnissen anzupassen,
wäre ein geradezu unmögliches Beginnen gewesen. Zur
Verbesserung jedes einzelnen Tarifs war auch die Zeit viel
zu kurz. Unsere Kollegen verlangten mit Recht sehr schnelle
Hilfe. Diese Hilfe konnte am besten nur dadurch gewährt werden,
daß auf die bestehenden Tarife dementsprechende Teuer-
ungszulagen durchgesetzt würden. Die Zeit der Teuerungs-
zulagenbewegung war seit meiner Tätigkeit wirklich die be-
wegteste Zeit. Auf der einen Seite aus Grund der schlechten
Geschäftslage ein sehr angekündigtes Unternehmertum, auf
der anderen Seite unsere Kollegen, die glaubten, wenn im
Bayerischen Wald 180 Prozent Teuerungszulage gewährt wird,
muß dies auch im Fichtelgebirge geschehen. So im Bayerischen
Wald ein Grundlohn von 10 Pf. mit 180 Prozent Teuerungs-
zulage einen Stundenlohn von 1.12 M. ergibt und im Fichtel-
gebirge ein Grundlohn von 50 Pf. mit einer Teuerungs-
zulage von 1.30 M. ebenfalls einen Stundenlohn von 1.15 M.
ergibt, wollten viele Kollegen nicht sapieren. Mag dem nun
sein, wie ihm wolle, ich ergebe mich heute noch, daß es uns nicht
gelungen ist, die Kollegen mit der Teuerungszulagenbewegung
zu befriedigen. Dies lag nicht am guten Willen, sondern hatte
seine Begründung in der Lage der Industrie.

Doch nun Tarife, die schon jahrelang vor dem Kriege ab-
geschlossen waren, auch mit den entweder den Teuerungs-
zulagen keine dauernde Grundlage für unsere Lohn- und
Arbeitsbedingungen unter den heutigen Verhältnissen ab-

geben konnten, wurde von den Kollegen ohne Ausnahme ein-
gesehen. Hier mußte von Grund auf Wandel geschaffen werden.
Ich habe es gerade unter diesen Umständen mit Freude
begüßt, daß vom Verbandsvorstand aus die Einführung
des Reichs- bzw. Einheitsstarifens so lebhaft propagiert wurde.
Es war die heiligste Pflicht der Gewerkschaften, die Zeit aus-
zunehmen und die Grundlagen unseres ganzen Lohn- und
Arbeitsprozesses auf eine solche Basis zu stellen, die auch für
die fernere Zukunft haltbar ist. Wir hatten in der Hartstein-
industrie mit rund 120 Einheitsstarifern zu rechnen. Wer soll
sich in diesem Chaos zurechtfinden? Könnten wir es verant-
worten, wenn wir nicht die Revolutionsperiode benutzt hätten,
um dieses Chaos zu beseitigen? Wer bietet uns Ge-
mehr, daß uns die Vereinheitlichung unserer Tarife auch noch
1920 möglich gewesen wäre? Was du heute tun kannst, das
hebe nicht auf morgen auf. Dieses Sprichwort hatte sich bis
jetzt im gewerkschaftlichen Kampfe sehr gut bewährt.

Ein ansehnlicher Teil unserer Kollegen trug sich recht
lebhaft mit dem Gedanken, das Akkordsystem in der Stein-
industrie überhaupt abzuschaffen. Diesen Kollegen muß ge-
fragt werden, daß leider die Verhältnisse stärker waren als
unsere Macht. Es ist ja bedauerlich, daß gerade in der Stein-
industrie der Akkord in Fleisch und Blut übergegangen ist.
Auch ich habe die Führer für die Beseitigung des Akkord-
systems ausgestrakt. Ich muß heute konstatieren, daß ich gerade
an jener Stelle, von wo ich das größte Entgegenkommen
erwartete, vergebens angeklopft habe. Die Parole lautet
heute: Das zerrüttete und daniederliegende Deutschland
kann nur durch Arbeit gerettet werden. Der Akkord bildet hier
den besten Gradmesser für geleistete Arbeit. Ein jeder soll
nach seinem Können, nach seiner Leistung bezahlt werden.
Gegen diese Ansicht läßt sich heute nicht ankämpfen. In
Versuchen auch unsererseits, an Stelle des Akkordsystems das
Stundenlohnsystem einzuführen, hat es sicherlich nicht ge-
schafft. Alle diejenigen Kollegen, die dazu berufen waren, die
Unterhandlungen mit den Unternehmen, haben ja ein Ziel davon
singen können. Für uns bestand also weiter keine Möglichkeit,
als unsere Tarife so auszubauen, daß auch die Kollegen im
Akkordverhältnis auf ihre Rechnung kommen.

Dieses Ziel konnte wiederum nur dadurch erreicht werden,
daß wir unsere alten bestehenden Tarife über Bord war-
sen und an ihre Stelle den Einheitsstarif setzten. Mit dem
Reichstarif für die Schleißereibranche haben wir damit den
Anfang gemacht. Leider war diese Arbeit nicht. Nicht weniger
als 80 Einheitsstarif sind durch den Reichstarif ins Grab
gefunden. Über die mühevollen Vorarbeiten, die dieser Reichs-
tarif verursacht hat, ebenso über die Unterhandlungen mit
den Unternehmen, soll an dieser Stelle mein Wort verloren
werden. Am 1. Oktober ist dieser Tarif in Kraft getreten.
Ich muß hier bedauern, daß es mit besondere Umstände nicht
ratsam erscheinen ließen, nicht schon früher einiges über die
Aufnahme des Tarifes durch die Kollegen, ferner über
„eine“ Veränderungen, die der Reichstarif gegenüber dem
Fichtelgebirgstarif mit sich gebracht hat, an dieser Stelle zu
berichten. Ich bin der Überzeugung, daß meine Zeilen doch
etwas zur Aufklärung beigetragen hätte. Es muß hier auch
einmal ausgesprochen werden, daß ein großer Teil der Kol-
legen schon in dem Moment, als der Abgleich des Reichs-
tarifes bekannt wurde, gegen den Tarif Sturm gelauft ist.
Also ohne den Tarif geschenkt über gesamt zu haben, hat schon
ein Teil der Kollegen dagegen opponiert. Ob und inwieweit
diese, auf Unkenntnis beruhende Kritik berechtigt war und
heute noch ist, darüber mögen die Kollegen entscheiden, wenn
sie meinen Artikel gelesen haben. Weiteren will ich nur, daß
von den „vielen“ Verschlechterungen, die der Reichstarif an-
geblich mit sich gebracht hat, heute noch keine berichtet
werden. Es liegt mir vollständig fern, ein besonderes Loblied auf den
Reichstarif anzutreten. Wenn sich aber alle Verhinderungen,
die dem Reichstarif bis jetzt nachgesagt wurden, als
nihil und nicht erwiesen haben, dann dürfte es wohl auch
erlaubt sein, auf einige Verbesserungen hinzuweisen, die
der Reichstarif nachweislich mit sich gebracht hat. Da mit
nur der Fichtelgebirgstarif zur Verfügung steht, kann ich ledig-
lich mir Vergleiche zwischen Fichtelgebirgstarif und Reichs-
tarif anstellen.

Doch darüber in einem nächsten Artikel! Schm.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts in Sachen des Reichslohtariffs für die Granitschleifereien.

Die Verhandlungen zur Information des Schiedsgerichts haben
bereits am 22. und 23. September d. J. stattgefunden, ein mittlerer
Bericht darüber enthält die Nr. 10 des Steinarbeiters vom
4. Oktober 1919. Am Dienstag, den 21. Oktober, trat diese Diskutie
wieder zusammen. Erschienen waren als Vertreter der Arbeitgeber
Herr H. S. i. g. Rojot, als Vertreter der Arbeitnehmer der Ver-
bandsvorsitzende Alois Staudinger, um einige Ratschläge zu erzielen.
Es liegt mir vollständig fern, ein besonderes Loblied auf den
Reichstarif anzutreten. Wenn sich aber alle Verhinderungen,
die dem Reichstarif bis jetzt nachgesagt wurden, als
nihil und nicht erwiesen haben, dann dürfte es wohl auch
erlaubt sein, auf einige Verbesserungen hinzuweisen, die
der Reichstarif nachweislich mit sich gebracht hat. Da mit
nur der Fichtelgebirgstarif zur Verfügung steht, kann ich ledig-
lich mir Vergleiche zwischen Fichtelgebirgstarif und Reichs-
tarif anstellen.

Das Schiedsgericht bestätigt, daß bei der Verhandlung
der Tarife zu sich Lage wie folgt geregelt werden muß:

Grundlohn plus Teuerungszulage (in Prozenten vom Grund-
lohn) plus Leitzuschlag (in Prozenten vom Grundlohn angeben).

Ein Beispiel wie die Berechnung erfolgt:
 Grundlohn 100 M.
 Teuerungszuschlag 180 Prozent 180 M.
 Bruttogehalt 20 Proz. vom Grundlohn 20 M.
 Summe 250 M.

Wichtigkeit für seinen Beschluss waren die im Steinarbeiterbund vom 30. August 1919 eingedruckten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Das Schiedsgericht beschließt über die Orte Borna, Görlitz und Zittau, welche eine Erhöhung zwischen beiden Parteien einzutreten, weil die genannten 3 Orte bereits unter XIX. Rohstoffselektionslinie 3. 46 des Reichsministeriums für die Granitsteife freien, zu die 1. Rohstoffe ohne Zusatzlager unter Zustimmung jenseits der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer aufgenommen sind.

Das Schiedsgericht beschließt für die Orte Borna, Görlitz und Zittau, dass die Forderungen des Vorstandes des Steinarbeiterverbands in diesen Orten eine Einigung zwischen beiden Parteien erfordern erfolgt ist. Erhöhungsschläge für Görlitz würden nur nach den Zusätzen von Oberpfalz und Frankenfrei zu richten haben. Die Beurteilung bleibt den örtlichen Stellen überlassen.

Bei der Beurteilung der Höhe für die Granitsteife freien hat sich das Schiedsgericht grundsätzlich von dem Gedanken lösen lassen, dass die Art des Steinmetzen hinsichtlich der Bewertung mindestens der der Bauarbeiter gleichgestellt werden muss. Der Lohn des Steinmetzen soll dem Lohn der voll ausgebildeten Bauarbeiter entsprechen. Das Schiedsgericht kann auch nicht den Bedingungen beitreten, dass die Maurer, weil sie Bauarbeiter wären, im allgemeinen hinsichtlich der Lohnsätze besser gestellt werden müssten als die Steinmetze. Aufgabe der Entwicklung des Baubaus in den letzten 15 Jahren vor 1914 ist auch der Maurer in allen größeren und mittleren Orten fast das ganze Jahr hindurch tätig.

Nach den dem Schiedsgericht vorgelegten Erklärungen beider Parteien sollen die Forderungen des Schiedsgerichts vom 1. Okt. 1919 erfüllt werden. Von diesem Termin an würden demzufolge auch etwaige Nachzahlungen zu erfolgen haben.

Zur nachstehenden Tabelle wurden hinsichtlich der Bruttogehalte folgende Rechnungen getroffen:

Bauten: 10 Prozent auf die Altordarbeiten, 20 Prozent auf die neu auftretenden Tagelöhne. In den letzteren gilt nachstehende Erklärung: Die Tagelohnsätze sind nach dem Schiedsgericht gemachten Unterlagen beider Parteien ab 1. Oktober 1919 für einen Steinmetzen 150 M., Schmied 140 M., Hilfsarbeiter 130 M. pro Stunde. Damit stehen die Höhe erheblich unter den Löhnen der Bauarbeiter. Deshalb beschließt das Schiedsgericht auf diese jetzt gültigen Grundsatzsätze, solange dieselben diese Höhe beibehalten, einen Bruttogehalt von 20 Prozent. Diese Zusätze ändern sich, sobald sich die Tagelohnsätze ändern.

Bauten: 5 Prozent für Altord und Tagelohn.
Franken: 5 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.
Bauten: 10 Prozent Bruttogehalt für Altord, 20 Prozent für Tagelohn.

Aoßt: 5 Prozent für Altord und Tagelohn.
Weihen: Schmied und Steinmechaniker 5 Prozent für Altord und Tagelohn, ungeliebte Arbeiter 20 Prozent für Tagelohn.

Bauten: 10 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Zeitz: 10 Prozent für Altord und Tagelohn.
Ziegeln: 10 Prozent für Altord und Tagelohn.

Kosbach: 15 Prozent für Altord und Tagelohn.

Großwörth: 15 Prozent für Altord und Tagelohn.

Greifswald: 15 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Großkrotzen: 15 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Großschweidnitz: 15 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Großschweidnitz: 12 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Großgörsdorf: 12 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Großschweidnitz: 12 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

zum Grundlohn, abgesehen davon, dass diese Berechnung auch für die Arbeiter ein günstigeres Ergebnis brachte. Nach dem Beispiel des Schiedsgerichts hätte sich dann folgende Summe ergeben: 100 Mark Grundlohn + 20 Prozent Bruttogehalt = 120 Mark, dazu 180 Prozent Teuerungszulage = 270 Mark. Die Berechnung nach dem Entschluss des Schiedsgerichts ergibt in der Endsumme dieses Beispiele 250 Mark.

Die Ergebnisse für seinen Beschluss waren die im Steinarbeiterbund vom 30. August 1919 eingedruckten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Das Schiedsgericht beschließt über die Orte Borna, Görlitz und Zittau, welche eine Einigung zwischen beiden Parteien einzutreten, weil die genannten 3 Orte bereits unter XIX. Rohstoffselektionslinie 3. 46 des Reichsministeriums für die Granitsteife freien, zu die 1. Rohstoffe ohne Zusatzlager unter Zustimmung jenseits der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer aufgenommen sind.

Das Schiedsgericht beschließt für die Orte Borna, Görlitz und Zittau, dass die Forderungen des Vorstandes des Steinarbeiterverbands in diesen Orten eine Einigung zwischen beiden Parteien erfordern erfolgt ist. Erhöhungsschläge für Görlitz würden nur nach den Zusätzen von Oberpfalz und Frankenfrei zu richten haben. Die Beurteilung bleibt den örtlichen Stellen überlassen.

Bei der Beurteilung der Höhe für die Granitsteife freien hat sich das Schiedsgericht grundsätzlich von dem Gedanken lösen lassen, dass die Art des Steinmetzen hinsichtlich der Bewertung mindestens der der Bauarbeiter gleichgestellt werden muss. Der Lohn des Steinmetzen soll dem Lohn der voll ausgebildeten Bauarbeiter entsprechen. Das Schiedsgericht kann auch nicht den Bedingungen beitreten, dass die Maurer, weil sie Bauarbeiter wären, im allgemeinen hinsichtlich der Lohnsätze besser gestellt werden müssten als die Steinmetze. Aufgabe der Entwicklung des Baubaus in den letzten 15 Jahren vor 1914 ist auch der Maurer in allen größeren und mittleren Orten fast das ganze Jahr hindurch tätig.

Nach den dem Schiedsgericht vorgelegten Erklärungen beider Parteien sollen die Forderungen des Schiedsgerichts vom 1. Okt. 1919 erfüllt werden. Von diesem Termin an würden demzufolge auch etwaige Nachzahlungen zu erfolgen haben.

Zur nachstehenden Tabelle wurden hinsichtlich der Bruttogehalte folgende Rechnungen getroffen:

Bauten: 10 Prozent auf die Altordarbeiten, 20 Prozent auf die neu auftretenden Tagelöhne. In den letzteren gilt nachstehende Erklärung: Die Tagelohnsätze sind nach dem Schiedsgericht gemachten Unterlagen beider Parteien ab 1. Oktober 1919 für einen Steinmetzen 150 M., Schmied 140 M., Hilfsarbeiter 130 M. pro Stunde. Damit stehen die Höhe erheblich unter den Löhnen der Bauarbeiter. Deshalb beschließt das Schiedsgericht auf diese jetzt gültigen Grundsatzsätze, solange dieselben diese Höhe beibehalten, einen Bruttogehalt von 20 Prozent. Diese Zusätze ändern sich, sobald sich die Tagelohnsätze ändern.

Bauten: 5 Prozent für Altord und Tagelohn.
Franken: 5 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.
Bauten: 10 Prozent Bruttogehalt für Altord, 20 Prozent für Tagelohn.

Aoßt: 5 Prozent für Altord und Tagelohn.
Weihen: Schmied und Steinmechaniker 5 Prozent für Altord und Tagelohn, ungeliebte Arbeiter 20 Prozent für Tagelohn.

Bauten: 10 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Zeitz: 10 Prozent für Altord und Tagelohn.
Ziegeln: 10 Prozent für Altord und Tagelohn.

Kosbach: 15 Prozent für Altord und Tagelohn.

Großschweidnitz: 15 Prozent für Altord und Tagelohn.

Großschweidnitz: 12 Prozent Bruttogehalt für Altord und Tagelohn.

Großschweidn

damit zum Ausdruck bringen, daß es Stellen gibt, wo niemals Gras deute wächst!

Im übrigen kannen wir dem „Wochentum“ der örtlichen Steinmetzlerorganisation mit Muße zuhören. Dort ein begrenztes Organisationsfeld durch die Weise, der in Frage kommenden Kollegenschaft und außerhalb dieser Grenzen ein überzeugendes Zusammensuchen einzelner getreuer Steinmetzler. Hier, ein Schluß auf die Menge der deutschen Steinmetzler, die auf Grund ihrer Auffassung von der wirtschaftlichen Entwicklung im Endziel zu uns gehören. Sie sind ein Teil jener 8½ Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Städte als Träger der inneren Kolonisation.

DWA. Einen sehr bemerkenswerten Vorschlag für die Beteiligung der Städte und insbesondere der Großstädte an der inneren Kolonisation macht Rechtsanwalt Westphal in Altona in der „Kommunalen Beilage“ vom 11. Oktober d. J. Westphal geht davon aus, daß im ganzen Lande eine viel schnellere und umfassender Siedlung des Landes, als noch den bisherigen Grundlagen der inneren Kolonisation zu erwarten steht, geboten ist. Er spricht von einer „Umstellung von Millionen von Arbeitskräften von der Stadt aufs Land“ und er meint, es sei zweifellos eine städtische Angelegenheit, dies durchzuführen, sowohl es sich um sie wie wegen des Zusammenhangs mit der Erwerbslosenfürsorge und der ins Auge zu nehmenden dauernden Verbindung dieser städtischen Landkolonisten mit den Städten, von denen sie ausgegangen sind. Westphal tritt also dafür ein, daß die Städte und namentlich die Großstädte für ihre eigenen Bewohner selber die Umstellung durch eigene Siedlungsunternehmungen in die Hand nehmen sollen. „Die besten Siedlungsunternehmen wären die Großstädte, vermöge ihrer Erfahrung und Fähigkeit im Organisieren ihrer verhältnismäßigsten Autorität gegenüber den großstädtischen Massen und deren unmittelbaren Eigeninteressen.“ Und als Folge dieses Vorgehens verspricht er sich dann ein sehr viel schnelleres Fortschreiten des ganzen Siedlungswesens.

Im einzelnen deutet er sich die Sache etwa so, daß eine gemeinsame Kommission, „Stadtvertreter und Fachleute“, mit den Vorbereitungen in der einzelnen Stadt für das Siedlungsunternehmen betraut werden soll. Die Kommission hat die nötige Propaganda für die Sache ins Werk zu legen, die geistige Erziehung zu sammeln, durch Kurse und praktische Anleitung in der landwirtschaftlichen Umgebung der Stadt auszuführen und schließlich eine formelle Liste der Siedlungswerber aufzustellen. Das Siedlungsland soll auf Grundlage des Reichsiedlungsgesetzes beschafft werden; im wesentlichen richtet Westphal sein Augenmerk auf den ländlichen Großbau. Als Siedlungsform schwert ihm der genossenschaftliche Betrieb durch größere und kleinere Gruppen von Kolonisten vor, in Verbindung mit einem gewissen Maß von individueller Eigentumschaft. Für die Belieferung von Gebäuden und Inventar will er die ja jetzt vielfach erwarteten neuen Wege, z. B. bezüglich der Bauweise, geben. Endlich sollen die Siedler auch später noch und auf dt. Dauer mit der Ausgangsstadt wirtschaftlich in Verbindung stehen; sie sollen die Stadt mit Nahrungsmittelein versorgen und dafür ihre gewerblichen Erzeugnisse abnehmen.

Der kritische Beurteilung wird an den Einzelheiten dieses Vorschlags gewiß viel ausgestellt finden, manches muß ja auch unstrittig ziemlich utopisch an. Ab der Grundgedanke des ganzen Vorschages, nämlich, daß die Städte selber praktisch und zwar für ihre eigenen Gemeindeangehörigen die Ansiedlung in die Hand nehmen und ins Werk setzen sollen, erscheint doch als recht beachtenswert. Unzweifelhaft würden die Städte bei solchen Unternehmungen Lehrzield zahlen müssen, aber anderseits ist doch in ihrer Verantwortung so viel können, Willen, Kraft und Fähigkeit ausgespielt, daß man gewiß ohne weiteres behaupten kann, sie seien zur Erfüllung demeritärer Aufgaben nicht fähig.

Die Genossenschaften im Dienste der Volksgesundung.

Um die niedergeschlagene deutsche Volkswirtschaft wieder arbeitsfähig zu machen, bedarf es nicht nur der Industrieraffnung aller Volkskräfte. Die Erholung, die Gesundung aller Volkskraft wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, soll Deutschland wieder aufnehmen können. Das gewährt es reine Freude, zu sehen, wie sich Laien und Begeisterung in den Dienst der Volksgesundung stellen. Unsere Arbeitgeber, Angestellten und Beamten brauchen alljährlich ein Ausspannen, Aufwertung; die herauswachsende Generation, unsere Kinder, bedarf der Erziehung. Nichts liegt näher, als das Meer, untere Nord- und Ostsee, ihre Küste auf die Erholungsbedürftigen auszustreuen zu lassen. In Westerland auf der Insel Sylt, dem schönsten Nordseebad, hat man die Notwendigkeit zur Mitarbeit am Werte der Volksgesundheit erkannt. Es ist im besonderen der Ruhigkeits der Bette der Westländer Konsumvereins zu verdanken, wenn in der zweiten Oktoberwoche in Westerland eine Zusammenkunft der Vertreter einer größeren Anzahl Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stattfinden konnte, um darüber zu beraten, wie dieses herrliche Seebad weiteren Volkstümern zugänglich gemacht werden könnte.

Vor dem Kriege war Westerland auf dem besten Wege, zum internationalen Badebade zu werden. Nach der durch den Krieg erzwungenen vierjährigen Brüderung wurde im letzten Sommer Westerland der Kriegsgewinner aller Art bevorzugt und nicht eben zu seinem Vorteil „umgestaltet“. Unsere Steuergegabung wird aber Wahrnehmlichkeit nach, dafür sorgen, daß diese Kreise sich künftig stark einschränken werden, wie sie überhaupt eine so starke Verschärfung der Einkommensverhältnisse nach sich ziehen wird, daß Bussabäder nicht mehr auf ihre Rechnung kommen. Anderseits ist in den breiten Massen des Volkes nicht nur das durch die Kriegsbelastungen und Entbehrungen gestrigerte Bedürfnis, sondern neben dem Drang auch durch die sozialen Unruhungen die Möglichkeit gewachsen, die von der Natur gesetzten Erholungs- und Heilungsmöglichkeiten auszunutzen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich nach Meinung der an dem „Westländer Tag“ Beteiligten ohne weiteres der Weg, der beschritten werden muß. Die Insel Sylt muß als Volksbad, als Heil- und Erholungsstätte für alle Volkskreise in ihrer ganzen Ausdehnung und zu allen Jahreszeiten zugänglich gemacht werden. Das wird bei planmäßigen Bussabäden ohne große Schwierigkeiten möglich sein. Die äußerst rührige und für die gute Sache begleitete Leitung des mächtig ausflüssenden und auf löslicher Grundlage ruhenden Konsumvereins für Westerland und Umgegend hat bereits die Initiative ergriffen und zeigt, was die einzelne Organisation zur Erreichung des Ziels zu leisten vermag. Die ebenso klüger und von der Erfahrung der Notwendigkeit neuer Methoden durchdringende Bodeverwaltung und die für den Verkehr wichtige Hamburg-Amerika-Linie — die heute bekanntlich bereits mit der Konsumgenossenschaftsbewegung in wichtigen Geschäftszweigen steht — sind gleichfalls bereit, alles zu tun, um die ungedeckte Entwicklung zu fördern. Von den anwesenden Vertretern der Konsumgenossenschaften wurden nicht nur Fingerzeige für die Durchführung des Plans gegeben, sondern auch die gründliche Bereitschaft ausgesprochen, ihn nach Kräften zu fördern. Die Sorge für die Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft des Volkes künftig noch wertvollere Güter als je zuvor, gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Konsumgenossenschaften. Sie werden jede Gelegenheit gern benutzen, die ihnen zur Lösung dieser ebenso bedeutsamen wie Befriedigung gewährerden Pflicht geboten wird.

Korrespondenzen.

Berlin. Kombinierte Versammlung am 10. Oktober. Beim Berleben des Protokolls bemängelt Kollege Hollfelder eine ihm zugeschriebene Äußerung, die nicht von ihm gemacht wurde. Mehrere Kollegen bestätigen über die Richtigkeit, deshalb bleibt das Protokoll in der vorliegenden Fassung. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Obmann der Tarifkommission, Kollege Sieben, Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmen. Trotz aller großen Mühe der Tarifkommissionsmitglieder seien in zwei Sitzungen für Männer nur 36 Pf. pro Weißloch 20 Pf. bewilligt worden. In der Sitzung am 8. Oktober erklärten die Arbeitgeber, weitere Zugeständnisse nicht mehr machen zu können. Nach eingehender Diskussion über das Vorliegende wurde ein Bes

Antrag des Kollegen Graue, dem sich Jahrmarkt anschloß, den Schilderungsaufschluß anzurufen, mit geringer Mehrzahl abgelehnt. Bei einem Antrag des Kollegen Wolf, der verlangte, die Forderungen hochzuhalten und es, trotz zu erbittern, das heißt ohne direkten Vertrag, aber nur zu den gestellten Forderungen, würde befürchtet, dadurch das Astorshystem wieder zu fördern und die örtliche Organisation zu schwächen. Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Nachdem noch eine weitere Anregung vom Antragsteller zurückgezogen, wurde zur Abstimmung gebracht, nachdem auf Anregung des Kollegen Waldfeld alle jenen Kollegen, die zu den gestellten Forderungen arbeiten und jene, die im Streit stehen, sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Insgesamt wurden 358 Stimmen abgegeben. Davon waren 187 für Streit, 163 für Annahme der Zugeständnisse, 6 Stimmen ungültig, die vorgeschriebene ¾-Mehrheit also nicht vorhanden. Damit ist das Angebot der letzten Verhandlung angenommen, wie die Versammlung vom Kollegen Graue belehrt wurde. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Versammlung nicht besonders begrüßt. Während die Abstimmung viele eben angibt, sich entwickele, referierte Genosse Ulrich vom Metallarbeiterverband über den Berliner Streit. Seine Ausführungen wurden durch wiederholten Beifall unterbrochen. Der Referent geheite die unten-herren Kollegen in der Presse über den Streit, auch der Vorwärts stehe in derselben Front. Die Versammlung gab durch ihren Beifall die Sympathie für den Metallarbeiterstreit und. Der Streit in einigen Betrieben der sogenannten funktgewerblichen Gruppe dauert fort. Hoffentlich bringen die bevorstehenden Verhandlungen die nötige Klarheit. Die Arbeitgeber der Berliner Steinmech- und Marmorgeschäfte drohen mit einer Auspeppung, wenn der Streit nicht beendet wird. Die Ursache ist kurz folgende: Einige Betriebe der funktgewerblichen Gruppe haben die aufgestellte Forderung bestätigt und dort, wo diese nicht anerkannt wurde, ist zur Arbeitsinstellung gezwungen. Dies jetzt getroffen und vor der Versammlung angenommene Vereinbarung bleibt jedoch unter der in obigen Geschäftsräumen anerkannten Forderung, deshalb verharren ein Teil der betreffenden Kollegen im Streit. Die Arbeitgeber verfügen die etwa wandernden Unternehmer mit der drohenden Konventionalstrafe in Hoch zu halten. Zu bemerken ist noch, daß die Unternehmer, die bewilligt haben, leitete Organisation angehören.

Mühlhausen i. Thür. Dienstag, den 28. Oktober, fand im Bürgkeller unsere Monatsversammlung statt, die gut besucht war. Der erste Punkt der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu der Frage der Wirtschaftsbeihilfe, die vom Gewerkschaftsrat in Anregung gebracht und an die städtischen Arbeiter und Angestellten bereits ausbezahlt worden ist? Nun sollen auch die Industriearbeiter an ihre Arbeitgeber herantreten und die Forderung einer einmaligen Beihilfe stellen. Das ganze städtische Personal steht in dieser Sache geschlossen hinter uns. Am 20. Oktober, als Herr Schilling hier war, wurde er von uns in Kenntnis gesetzt hierüber. Er hat sich einige Tage Gedanken aus, insbesondere wollte er wissen, wie sich die hierzige Industrie dazu stellt und um hierüber mit der Firma Leibniz (Vangerlfazza) Rücksprache nehmen. Über bis zum Beginn der Versammlung war von Berlin noch keine Antwort eingegangen. Sämtliche Redner sprechen sich dahin aus, daß man bei den regelmäßigen Böhnen kaum das natürliche Leben fristen kann. Schuh- und andere Bekleidungslücke zu kaufen, gehört ins Recht der Hobel. Bei den letzten Verhandlungen sei wenig erreicht worden und liegt hier Bedürftigkeit vor. Jeder gibt seine ganz Kraft her, um nur notdürftig leben zu können. Wenn die Verhältnisse sich nicht bessern, hat man in kürzer Zeit abgewirtschaftet und ist total verbraucht. Es ging ein Antrag ein, die Wirtschaftsbeihilfe zu verlangen, um so mehr, da andere industrielle Betriebe hier auch während des Krieges Unterstützung gezeigt haben. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende wurde beauftragt, ein Schreiben an Herrn Schilling zu richten, worin eine Frist von acht Tagen gegeben wird, bis die Antwort zurück sein kann. So dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Sie ergab einen Jahresbestand von 99,99 M., was von den Betrießen als richtig bestätigt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nach Bekanntgabe des Kartellberichts gab der Vorsitzende eine Anregung, um die Anmeldungen zum Besuch der Volkshochschule zu erwirken. Die Winterabende sind lang; Feierabend zeitig, Gelegenheit zur Weiterbildung hat also jeder. Im Punkt Verschiedenes verfasste der Vorsitzende ein Schreiben des Bezirksleiters Haß, worin verlangt war, daß über einige Fragen abgestimmt werden sollte. Da dieselben bis auf einen rein politischen Charakter sind, und geeignet sind, Zwieträcht und Spaltung in die Reihen der Kollegen zu bringen, wird auf die Abstimmung verzichtet, mit dem Hinweis, daß jetzt mehr denn je der gewerkschaftliche Zusammenschluß feststehen wird, wenn auch manche glauben, ohne Gewerkschaften auszukommen. Hier, wo kein Parteidrucker auskommen kann, ist die Stätte, wo der Arbeitgeber bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erwirkt. Das steht man an der steigenden Mitgliederzahl, die bereits 6 Mitgliedern überschritten hat.

Nürnberg. Unsere Lohnbewegung ist zu Ende, sie warf ein besonderes Licht auf die Gesellschaftsverfassung verschiedener Kollegen. Am 1. Oct. sind anlässlich 14 Kollegen, von diesen arbeiten außerhalb bzw. im andern Beruf, als Folge der vorletzten Bewegung. Von den 11 am 1. Oct. Arbeitenden müßte nun jeder annehmen können, daß sie einig und geschlossen ihre Forderungen durchsetzen würden, denn aus Übermut werden Verbesserungen durch gewiß nicht erzielt, sondern die verlangten Verbesserungen hinter ihnen stehen. Die Einleitung der Bewegung war, wie früher schon, durch Einsiedlung der 5 Unternehmer unternommen, von denen nur 2 etabliert waren. Der Streit war nun unvermeidlich und eine Versammlung beschloß auch so, keiner glaubte jedoch, daß er sich 7 Tage hinziehen würde, doch haben wir dieses den Arbeitswilligen zu danken. Die beste Nummer ist der Steinmech Langen, gehörte sogar der Dechantenkommission an, drückte sich über seinen von den Vorfahren verhandelten und von den beschließenden Versammlung. Er arbeitete sogar noch bei einem zweiten Unternehmer und überredete 2 andere Steinmech zum Streik. Zum Dank erhält er ein kleines Städt Kartofelland, als Jubiläumsader, wie wir ihn bezeichnen. Die andere Kartofellnummer ist Paul Mehlweld, dann Jacobus Büchel und eine besondere Leidenschaft ist der Steinmech Richard Albrecht. Bald viermal haben wir den leichteren organisiert und jedesmal, wenn er die Freiheit unseres Strebens gezeigt hat, war seine Organisationsgeschicklichkeit auch wieder zum Teufel. Einen Tag hat er jetzt mit durchgehauen, dann war es vorbei. Sein Straußelohn betrug damals, als wie ihm eigentlich 1,40 M., mit unserer Hilfe kam er auf 2,80 M. und trotzdem Streikbrecher laut der Bereinigung mit seinem Unterschauern mußte letzterer 100 M. Lohn nachzahlen, doch ist es zu schwer zu zeigen, die Einhaltung der Vereinbarung zu verlangen. Weiter kommt hinzu, daß alle diese Helden in anderer Beziehung einzuhängen sind und ziemlich den Mund aufziehen, wenn von Politik geredet wird und dabei sieht ihnen der elementare Gedanke der Arbeitnehmerbewegung überdruckt, das Solidaritätsgefühl. Durch dieses erbärmliche Verhalten des vierblättrigen Kleeblattes haben wir nicht nur einen Wochenlohn eingebüßt, sondern es sind 2 Kollegen dadurch außer Arbeit gebracht worden, deren Einstellung vor dem Schiedsgericht abgelehnt wurde. Der eine davon ist Kriegsbeschädigter, der nun klagen wird; der andere Kollege hat vier Jahre dem betreffenden Unternehmer und dem Tod gebunden und Arbeit gebracht, die er nicht erzielt, sondern auch nicht ausführen können. Es kommen noch einmal andere Situationen, in der wir Nürnberger Steinmech nicht das Heildesto weit machen können. Bemerkt sei noch, daß der Arbeitgeber L. Leisering, ein schwerer Mann, vor dem Schiedsgericht erklärte, der Steinmechberuf wäre kein schwerer, die große Steinmechheit hätte vom vielen Zeitalter. Der Dachdeckerberuf ist ein schwerer Beruf, die übrigen Unternehmer lächeln über diese salomonische Weisheit. Leisering hat jedoch nichts genutzt, der Schiedsgericht sprach uns in zwei Staffeln je 25 Pf. Lohnzählerung pro Stunde zu. Den betreffenden Unternehmer, der für den Dachdeckerberuf verantwortlich ist, wird er nur töten, wenn ihn seine Befreiung dafür schriftlich mal im Treuhandzettel dazu führt, aufs Land zu ziehen, daß er dann darüber einen anderen Beruf zu sich nimmt, damit er nicht geht wird; dann bis jetzt ist er auch nur auf Kosten der Arbeitnehmer durch Leisering gewandelt, denen nun nachgesagt wird, daß nicht die Sache gegeht und gejuhlt ist. Ich arbeite sie frühzeitig nicht mehr machen zu können, sondern auch die grundfeste Bereitschaft ausgesprochen, ihn nach Kräften zu fördern. Die Sorge für die Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft des Volkes künftig noch wertvollere Güter als je zuvor, gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Konsumgenossenschaften. Sie werden jede Gelegenheit gern benutzen, die ihnen zur Lösung dieser ebenso bedeutsamen wie Befriedigung gewährerden Pflicht geboten wird.

Berlin. Kombinierte Versammlung am 10. Oktober. Beim Berleben des Protokolls bemängelt Kollege Hollfelder eine ihm zugeschriebene Äußerung, die nicht von ihm gemacht wurde. Mehrere Kollegen bestätigen über die Richtigkeit, deshalb bleibt das Protokoll in der vorliegenden Fassung. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Obmann der Tarifkommission, Kollege Sieben, Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmen. Trotz aller großen Mühe der Tarifkommissionsmitglieder seien in zwei Sitzungen für Männer nur 36 Pf. pro Weißloch 20 Pf. bewilligt worden. In der Sitzung am 8. Oktober erklärten die Arbeitgeber, weitere Zugeständnisse nicht mehr machen zu können. Nach eingehender Diskussion über das Vorliegende wurde ein

Beschluß, Naumburg; dazu die vier Streikbrecher gibt eine „schöne“ Gruppe aus dem Jahre 1919.

Augsburg. Die Kollegen werden erzählt, wenn sie sich sonstigen Kollegen noch nicht freuen zu wollen, da es sich hier noch um ganz eindringliche Belüge handelt. Bevorher der Firma Walde in die Sache eintritt liegt die Organisation sehr im Wege, und wenn ein organisierte Kollege mehr Lohn verlangt, dann hat er die Genehmigung zu gewähren. Gleichwohl steht es bei der Firma Walde nicht. In den Betrieben werden Arbeitnehmer direkt erzogen, ein Beispiel, wie wenig der Organisation gedacht ist. Ein Teil der Kollegen gerichtet wird und wie immer es ist, auf dem Lande mit der Organisation zum Kampf zu führen. Die Kollegen werden deshalb erachtet, eindringliche Kollegen auf die Jagd zu machen.

Interessieren wird gewiß die Verbandsmitglieder, daß es in Hochstadt jetzt einen Steinmech gibt, der aus der Organisation ausgetreten — weil er zu viel verdiente. Dieser Steinmech arbeitet bei Heinrich Geyer und ist jetzt arbeitet er für 1,80 M., während der Tariflohn 2,10 M. pro Stunde steht. Er meinte bei seiner Austritt, daß er auch ohne Organisation seinen Lohn verdiente. Die Firma Schmid in Hochstadt kann natürlich trotz seines arzts einen solchen Arbeiter, dem schließlich die Mindestlöhne in wie ein Lohn von dem er erzielen kann. Wenn es noch mehr solche Exemplare im Vorborngemäß gibt, dann kann man sich erklären, daß einige Arbeitgeber die größten Anstrengungen machen, um die Löhne abzubauen. Es braucht wohl nicht besonders verriet zu werden, daß wir gegen solche Arbeitgeber, wie gegen solche Nachbarkollegen, die die Löhne drücken, schärfstens front machen müssen. Darum darf die Organisation!

Erling. Am 21. Oktober stand hier die erste Steinmechversammlung im Volksdorf statt. Unter Vorsitzende, Kollege Grunwald, gab bekannt, daß bis jetzt 31 Kollegen unserer jungen Zahlstellen beigeitreten sind, ebensofort stehen dem Verband noch fern; wir dürfen nicht rütteln, bis auch der letzte Kollege organisiert ist. Im Punkt Verschiedenes wurde die Firma Schmid sofort kritisiert; dort herrschen noch Akteure, die jeder Beschreibung spotteten; einem Kollegen, der bis jetzt 1,25 M. Stundenlohn hatte, wurden 10 M. abgezogen. Als der Betreiber vorstellig wurde, meinte Herr Schmid, er sei ihm noch zu jung zum Arbeiten. Aber er scheint nicht zu jung zu sein bei der Arbeitsleistung, denn er muß dasselbe leisten wie jeder andere Arbeiter. Auch die Verhältnisse bei der Firma Heimann wurden kritisiert. Dort werden die Löhne nach Gunst bezahlt. „Ich soll mit dem dortigen Polier Klein bei passender Gelegenheit im ersten Wort geredet werden. Hierzu wurde vom Kollegen Grünwald nochmals hingewiesen, daß ein jeder Kollege dafür sorgen soll, daß uns auch der letzte Kollege zugesellt wird, dann werden wir bald in der Lage sein, solche Mißstände, wie die angeführten, abzuschaffen.

Löbau-Dippach. Versammlungen vom 24. und 25. Oktober. Tagesordnung: Kassenbericht, Wahl einer Tarifkommission, Gewerkschaftliches. Bei Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende das Ableben einer Kollegin bekannt. Die Versammlung ehrt das in der üblichen Weise, dann erstaute der Kassierer seinen Bericht. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und der Kassierer auf Antrag der Kollegen entlastet. Beim 2. Punkt erwähnte der Vorsitzende, daß leider die Tarife noch nicht eingetroffen sind und daß die Tarifergänzung für den Löbauer Bezirk auf Kosten der Zahlstelle hergestellt werde. Die Versammlung kritisierte dieses; denn die Zentralstelle hätte es wohl tragen können. Die Einführung von Redestunden macht sich notwendig, um voll und ganz mit allen Einzelheiten des Tarifs vertraut zu werden. Demgemäß wurde beschlossen, von jedem Blatt drei Kollegen heranzuziehen (von jeder Kategorie einen), die dann ihrerseits den Kollegenstritten erläutern können. Unter demselben Punkt entspannen sich noch eine längere Debatte bezüglich der §§ 44 und 32 der Allgemeinen Bestimmungen. Zu § 44 wurde erwidert, daß die Unternehmer auf jede Art und Weise verfügen, diesen Paragraphen unverhüllt zu machen. Des Weiteren wurde Belehrung geführt, daß § 32 bezüglich derheimarbeiter seitens der Firmen ganz willkürlich ausgelagert und auch noch dreist umgangen wird. Auch degegen sollen die hierzu erforderlichen Schritte unternommen werden, um die Innehaltung dieser Bestimmung durchzuführen. Unter Gewerkschaftlichem wurde ausgeführt, daß sich leider infolge der Entwicklung der Verhältnisse eine Erhöhung der Leuerungszulagen unabdinglich notwendig macht. Es wurde beschlossen, die Erhöhung der Zulagen auf 200 Prozent zu fordern und die Zentralleitung zu beauftragen, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Eine längere, mitunter recht schwere Debatte entspans sich in dieser Frage bezüglich der schief bezeichneten Kategorie, der Hilfsarbeiter, denn daß ein Mensch bei einem Wochenlohn von 50 M. unter den heutigen Verhältnissen noch erzielen kann, ist wohl unmöglich. Leider muß aber gerade bei den Hilfsarbeiten eine grobe Interesselosigkeit konstatirt werden. Versammlungsbesuch und andere Erfüllung gewerkschaftlicher Pflichten sind bei den meisten Arbeitern, um so mehr wird aber hinterher über den Verband kritisiert. Auch muß noch festgestellt werden, daß auf einem Blatt noch ein Teil der Hilfsarbeiter dem Verband überhaupt nicht angehört, aber nach kurzer Mitgliedsdauer wieder abgesprungen ist. Dies wurde ebenfalls gerügt und den Kollegen des betreffenden Platzes zur Wicht gemacht, die noch Fernstehenden zum Eintritt in die Gewerkschaft zu veranlassen. Zu der Auseinandersetzung eines Löbauerantrags wurde beschlossen, eine Urabstimmung auf den einzelnen Blättern vorzunehmen. Um den Versammlungsbeginn zu haben, der auch diesmal wieder möglich war, wurde auf Antrag beschlossen, künftig ein Votum im Zentrum der Stadt zu benutzen, um den Mitgliedern den Vorwand zum Rückzugsrecht wegen zu großer Abregelegenheit des Votums zu nehmen. Der Kassierer regt nochmals an, der wiederholungsgeführten Lotterien zu beitreten. Darum schließt die Versammlung.

Münster i. Westf. In unserem Ort hat schon lange Jahre eine Zahlstelle des Verbandes der Steinmechern Deutschlands bestanden. Durch den Krieg wurde alles auseinandergerissen. Der Schnitter Tod hat grausige Arbeit getan. Besonders schmerhaft fühlte uns der Tod unseres langjährigen Kassierers Josef Lümboldt. Dieser hat hier am 1. Oct. tüchtig gearbeitet. Die Kollegen werden seiner besonders gedankt. In der letzten Zeit kamen die Kollegen wieder zusammen. Nach dem dieser oder jener nach dem Kriege erst in anderen Berufen steht, kann er nicht mehr über den Verband kritisieren. Auch muß noch festgestellt werden, daß auf einem Blatt noch ein Teil der Hilfsarbeiter dem Verband überhaupt nicht angehört, aber nach kurzer Mitgliedsdauer wieder abgesprungen ist. Dies wurde ebenfalls gerügt und den Kollegen des betreffenden Platzes zur Wicht gemacht, die noch Fernstehenden zum Eintritt in die Gewerkschaft zu veranlassen. Zu der Auseinandersetzung eines Löbauerantrags wurde beschlossen, eine Urabstimmung auf den einzelnen Blättern vorzunehmen. Um den Versammlungsbeginn zu haben, der auch diesmal wieder möglich war, wurde auf Antrag beschlossen, künftig ein Votum im Zentrum der Stadt zu benutzen, um den Mitgliedern den Vorwand zum Rückzugsrecht wegen zu großer Abregelegenheit des Votums zu nehmen. Der Kassierer regt nochmals an, der wiederholungsgeführten Lotterien zu beitreten. Darum schließt die Versammlung.

